

## LANDRATSAMT GÖPPINGEN

Umweltschutzamt

### **Wasserrechtliche Erlaubnis**

Die Wohnbau GmbH Göppingen, Grabenstraße 42, 73033 Göppingen beabsichtigt den Neubau des Wohn- und Geschäftshauses „Apostelhöfe“ in der Geislinger-/Schützenstraße in Göppingen.

Während der Bauzeit muss vorübergehend Grundwasser abgesenkt und abgeleitet werden. Für diese Maßnahmen beantragt der Bauherr die wasserrechtliche Erlaubnis.

1. Die Planunterlagen liegen eine Woche nach der Bekanntmachung für einen Monat zur Einsicht im Technischen Rathaus der Stadt Göppingen während der Sprechzeiten öffentlich aus.
2. Etwaige Einwendungen können sowohl im Technischen Rathaus Göppingen als auch beim Landratsamt Göppingen, Umweltschutzamt, Zimmer 402, Lorcher Straße 6, 73033 Göppingen während der Sprechzeiten bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder mündlich zur Niederschrift erhoben werden.
3. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in einem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Nicht fristgemäß erhobene Einwendungen sind ausgeschlossen.
4. Personen, die Einwendungen erhoben haben, können von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. nach Ablauf der für Einwendungen bestimmten Frist wegen nachteiliger Wirkungen der Benutzung Auflagen nur verlangt werden können, wenn der Betroffene die nachteiligen Wirkungen während des Verfahrens nicht voraussehen konnte;
2. nach Ablauf der für Einwendungen bestimmten Frist eingehende Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis, einer gehobenen Erlaubnis oder einer Bewilligung in demselben Verfahren nicht berücksichtigt werden;
3. Ansprüche zur Abwehr von nachteiligen Wirkungen durch eine Gewässerbenutzung, die durch eine unanfechtbare gehobene Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen ist, nach Maßgabe des § 16 WHG nicht mehr oder nur noch eingeschränkt geltend gemacht werden können.